

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Bismarck, monatlich 2.— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreise:
Die einpolitische Nonpareil-Beilage 40 Bismarck, Restausgabe 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 15 Bismarck (ausfallsfrei am fertigen Wort), jedes weitere Wort 12 Bismarck. Stellenangebote das erste Wort 15 Bismarck, jedes weitere Wort 10 Bismarck. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Bismarck. Kammeranzeigen für Adressanten Seite 40 Bismarck.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 3, mindestens täglich von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Korrespondenten: Dönhofs 292-297.

Sonntag, den 1. Oktober 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin SW. 68 — Verkaufsstelle: Haupt-Vertrieb, Unter den Eichen 11, Berlin SW. 68; Distrikts-Vertrieb, Hauptvertrieb, Unter den Eichen 11.

Mittelmeerbund gegen Frankreich.

Faschistenallianz unter Englands Führung?

Paris, 30. September. (Eigenbericht.)

Die spanische Diktatur nennt alle Nachrichten, daß bei der Begegnung Chamberlain-Primo de Rivera von der Tagesfrage die Rede gewesen sei, unrichtig; Primo de Rivera beabsichtigt lediglich, dem englischen Außenminister bei dessen Landung in einen spanischen Hafen einen Höflichkeitsbesuch abzustatten. Dagegen sind in der französischen Presse zahlreiche, zum Teil beunruhigende Gerüchte verbreitet. Manche Blätter wollen wissen, daß in Barcelona der Plan für eine Mittelmeeralianz ausgearbeitet worden sei, die Griechenland, Italien, Spanien und England umfassen und gegen Frankreich gerichtet sein soll.

Der Fall Rakowski.

Frankreich fordert seine Abberufung.

Paris, 30. September.

Haas verbreitet folgende Auslassung: Man versichert heute abend in glaubwürdigen politischen Kreisen, daß der Ministerpräsident in seiner heutigen Sitzung sich mit der Frage der Beziehungen zu Sowjetrußland beschäftigt hat, obwohl das offizielle Komunique darüber nichts enthält.

Briand hat seine Kollegen über die Unterbrechung unterrichtet, die der französische Botschafter in Moskau, Herbet, mit den Vertretern Sowjetrußlands hatte. Es soll sich daraus ergeben, daß sich die Sowjetführer nicht klar zu machen scheinen, daß die Unterbrechung Rakowskis in Paris angesichts der durch seine Unterzeichnung des Wärdarbeitsmanifestes hervorgerufenen Forderungen nicht geeignet ist, die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erleichtern.

Unter diesen Umständen soll der Ministerpräsident beauftragt haben, Herbet anzuweisen, daß er Tschitscherin bekanntgabe, die französische Regierung

verlange entsprechend den diplomatischen Gepflogenheiten die Abberufung Rakowskis.

da dieser in Paris nicht mehr persona grata sei, doch solle Herbet dabei aufs neue betonen, daß die französische Regierung die Beziehungen zu Moskau nicht abbrechen wolle.

Der Bürgerblock trifft Vorkehrungen.

Reaktionäre Personalpolitik vor den Wahlen. Keudell, der Minister gegen die Verfassung.

Das „Berliner Tageblatt“ versichert, daß die Bürgerblockregierung die von den deutschnationalen Ministern eingeleitete reaktionäre Personalpolitik (systematisch) fortführen wolle. Es sollen zwei Republikaner von wichtigen leitenden Stellenstellungen entfernt werden: der Ministerialrat Kaifenberg vom Reichsinnenministerium und der Reichspressesekretär Jechlin sollen durch Bürgerblockleute ersetzt werden.

Ueber den Fall Kaifenberg schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Ministerialrat Kaifenberg, der Referent für Flaggenfragen und Wahlrechtsfragen, der vermutlich selbst noch nichts von dem ihm zugebachten Schicksal weiß, soll aus seinem Amt entfernt werden. Das Reichsinnenministerium hat das Glück, in Ministerialrat Kaifenberg einen besonderen Fachkenner aller in sein Gebiet fallenden Fragen zu besitzen, der als hervorragende Autorität auf diesen Gebieten sich auf ihnen auch vielfach wissenschaftlich betätigt hat. Freilich steht auch er in dem Verdacht unbedingter republikanischer Verfassungstreue. Und von diesem Mann ist der heftigste Widerstand zu befürchten, wenn auf dem Gebiet der Flaggenfrage irgend etwas gegen die Verfassung unternommen werden soll. Kaifenberg ist zwar ein eminent tüchtiger Beamter. Aber auf seinem jetzigen Posten ist er der deutschnationalen Parteileitung, ist er dem deutschnationalen Minister v. Keudell sehr unbehagen. Er will den republikanischen Flaggenreferenten seines Ministeriums entfernen, und er will einen deutschnationalen Beamten, der die „wesensfremde Staatsform“ der Republik und ihre Farben ablehnt, zum „Hüter von Schwarzrotgold“ bestellen. Der Fall Kaifenberg ist nicht der letzte. Ein Einschreiten gegen weitere republikanische Beamte im Reichsinnenministerium ist bereits erwogen oder eingeleitet.“

Das Reichskabinett soll sich bereits am Freitag mit dem Fall Kaifenberg befaßt haben. Herr v. Keudell, Verfassungsminister, Herr v. Kameke, Leiter der Verfassungsabteilung, und nun noch ein Deutschnationaler Verfassungsreferent — so wird die Republik geschützt. Herr v. Keudell hat, wie wir aus sicherer Quelle wissen, auf dem Höhepunkt des Flaggenstreits mit den Hotels den Reichskanzler davon abgehalten, auf die Fronde gegen die Reichsflaggen zum Schutze von Schwarzrotgold einzu-

Dem Ministerrat berichtete Briand über die Völkerverbundung und Marineminister Lagues über die schweren Zwischenfälle im Militärgefängnis von Toulon; er erklärte, es seien Maßregeln ergriffen, um einer Wiederholung vorzubeugen.

In der Frage der amerikanisch-französischen Handelsbeziehungen — so behauptet der „Temps“ — habe man die französische Antwort auf die letzte amerikanische Note ablehnend gehalten; sie erkläre, daß Frankreich nur auf Grund der Gegenseitigkeit mit Amerika in Verhandlungen eintreten und unter allen Umständen die Meistbegünstigung ohne amerikanische Kompensation verweigern werde. Endlich habe der Ministerrat die vom Kammerauschuß verlangte Freilassung des Kommunisten Cachin, der in Strafhast liegt, abgelehnt.

Französische Sozialisten und Gewerkschaften für Amnestie

Paris, 30. September. (M.B.)

Die Delegierten verschiedener sozialistischer und gewerkschaftlicher Verbände, denen sich Vertreter der Liga für Menschenrechte angeschlossen hatten, haben sich in einer Entschlieung gegen die in der letzten Zeit von den Behörden verfügte Beschränkung der persönlichen Freiheit ausgesprochen. Es wird in der Entschlieung insbesondere gegen die fortgesetzte Ueberwachung zahlreicher revolutionärer führender Persönlichkeiten und gegen die ungeheuerlichen Verurteilungen verschiedener Arbeiter der Presse Einspruch erhoben. Das Parlament wird aufgefordert, eine allgemeine Amnestie zu erlassen.

Die kommunistische Partei war eigenartigerweise bei dieser Kundgebung nicht vertreten.

Woher stammen die Bomben?

Auf einem alten Friedhof in einem Pariser Arbeiterquartier wurden 300 Bomben gefunden, ähnlich den Sprengkörpern, die bei dem Attentat gegen den Schmelzwerk-Rizza verwendet wurden. Die Polizei vermutet, daß es sich um ein geheimes Waffenlager italienischer Anarchisten handelt (?).

wirken. Die Tätigkeit des Verfassungsministers v. Keudell zielt darauf ab, Nachpositionen zum Kampf gegen die Verfassung und Schwarzrotgold zu schaffen. Sein Wirken steht im schroffsten Widerspruch zu den Pflichten eines Ministers der Republik — aber Herr Marx läßt ihn arbeiten.

Die englische kommunistische „Massenpartei“

Nur noch 7377 Mann!

London, 30. September. (L.)

Die Stärke der kommunistischen Partei in England ist im letzten Jahre um ein ganzes Drittel zurückgegangen. Nach den offiziellen Berichten der kommunistischen Partei wird die Gesamtzahl sämtlicher eingeschriebenen Kommunisten Englands mit 7377 angegeben, während im vorigen Jahre diese Zahl etwa 11 000 betrug.

Wenn je äußere Umstände einen Zuwachs der kommunistischen Zwergerpartei Englands begünstigen konnten, so war das im vergangenen Jahre der Fall: die Scharfmachereien der konservativen Reaktion gegen die streikenden Bergarbeiter, der loßlose Bruch mit Sowjetrußland, das Antigerichtsgesetz und viele andere Maßnahmen hätten eigentlich einen kommunistischen Aufschwung hervorrufen können. Außerdem hatte die Agitation von Cook und seiner Gruppe einen so probolschewistischen Charakter, und es wurde so viel Klammere mit den russischen Millionenpenden für die streikenden Bergarbeiter gemacht, daß man annehmen mußte, die kommunistischen Ideen hätten im Laufe des vergangenen Jahres starke Fortschritte in England gemacht.

Wenn trotzdem die englische kommunistische Partei so katastrophal — um ein volles Drittel — zurückgegangen ist, so beweist das unwiderleglich, daß der britische Arbeiter von der bolschewistischen Heilslehre nichts wissen will.

Wann werden die deutschen Arbeiter, die noch immer hinter den Bankrotteuren der KPD herlaufen, ebenso viel Verstand und Würde beweisen? Allein der Betrug, der an ihnen im letzten Jahre dadurch ständig verübt wurde, daß die „rote Fahne“ von einem „revolutionären Aufschwung des englischen Proletariats“ unter kommunistischer Führung fahelte, sollte ihnen die Augen öffnen: die kommunistische Partei Englands ist von insgesamt 11 000 Mann auf nicht einmal 7400 zurückgegangen! Diese beiden Ziffern besagen alles.

Baumwoll- und Petroleumpolitik

Russisch-britischer Wettstreit in Vorderasien.

Von Dr. A. Abeghian.

Der russisch-englische Wettstreit um das asiatische Erbe ist wieder aufgenommen. Nicht zuletzt ist auch der Bruch Londons mit Moskau eine Folge dieses Wettstreits. Nachdem nun die chinesische Politik Rußlands eine schwere Niederlage erlitten hat, ist der asiatische Kampfplatz in den nahen Orient verlegt worden. Auch 1921, vor der Wiederaufnahme diplomatischer und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, deren Initiator Lloyd George war, bildeten vorderasiatische Gebiete und vor allem Persien und die Türkei die Arena, wo die alten Rivalen zusammenstießen. Nun strebt England diese asiatischen Nachbarländer Rußlands von ihm loszulösen, ja sogar auf das Kaukasusgebiet Einfluß zu gewinnen, während Moskau nicht nur dies alles zu durchkreuzen, sondern auch mit arabischen Ländern, also Mandat- bzw. Einflußgebieten Englands, wirtschaftliche und politische Beziehungen anzuknüpfen sucht.

Hauptobjekt des russisch-britischen Wirtschaftskampfes ist das Orientpetroleum. Das Abkommen des russischen Rappahyndikats (Asnesi) und der amerikanischen Standard Oil ist eine der neuesten Phasen dieses Kampfes. Die russisch-amerikanische Zusammenarbeit soll nicht nur den englischen Markt, der 45 bis 50 Proz. der russischen Petroleumausfuhr aufnahm, durch andere ersetzen, sondern auch zum weiteren Ausbau der kaukasischen Delindustrie beitragen; diesen Zweck hat auch die Organisation der kaukasischen Petroleumraffinerie in der Hafenstadt Batum am Schwarzen Meer und die Erweiterung der Batum-Batum-Röhrenleitung vom Kaspis zum Schwarzen Meer; dafür soll die Dollaranleihe dienen, die der amerikanische Konzern der kaukasischen Rapphaindustrie zur Verfügung gestellt hat. Längst schon besteht hier Zusammenarbeit der Amerikaner und der Russen, und England wird aus der Kaukasus-Rapphaindustrie verdrängt. Die dortige Mangangerkonzeßion gehört seit 1925 der amerikanischen Harriman-Gesellschaft.

Die nordpersischen Delfelder liegen am Kaspissee, also fast in unmittelbarer Nachbarschaft des kaukasischen Delgebietes, werden jedoch noch nicht ausgebeutet. Ihre Konzeßion gehörte früher Rußland. Dieses verzichtete im Vertrage mit Persien darauf und auf noch andere Rechte der Zarenregierung, jedoch mit der Bedingung, daß die Teheraner Regierung sie nicht einer dritten Macht übertrage. Seitdem haben Amerikaner und Engländer mehrfach versucht, die Konzeßion zu erhalten. Nun sollen die Sowjetleute wieder versucht und auch erreicht haben, daß ihnen das Recht auf Ausbeutung nordpersischer Delfelder zugesprochen werde. Allerdings sind die Amerikaner dabei nicht unbeteiligt. Wenn auch auf Umwegen, erlangen sie also den Eintritt in das nordpersische Delgebiet — wieder ein Sieg über England. Die Teheraner Zeitungen berichten nun, daß aus Rußland eine große Anzahl Maschinen und Werkzeuge eingetroffen ist, zur Eroberung der nordpersischen Delfelder bestimmt.

Das südpersische Del ist Eigentum der Anglo-Persian Company, deren Aktien dem britischen Staat gehören. Ferner zeigen verschiedene Interessengruppen, namentlich englische Unternehmungen für das osmanische Del in türkisch-Armenien rege Aufmerksamkeit. Konstantinopeler Blätter melden, daß zur Erforschung der dort besonders unweit von der Stadt Wan vorhandenen Delfelder eine Untersuchungskommission entsandt worden ist, der französische und englische Fachleute angehören. Noch vor dem Kriege hatte die hauptsächlich von Engländern gegründete Gesellschaft The Turkish Petroleum die Konzeßion der Rapphainquellen des Mossulgebietes und türkisch-Armeniens erhalten. Sie wurde jedoch infolge der Ereignisse nicht ausgenutzt. Jetzt werden die ersten Schritte getan, um die ganze Angelegenheit wieder aufzunehmen. Aber das türkische Petroleum interessiert Amerika und Rußland nicht weniger als England, und ihre Ansprüche daran begründen sie sowohl historisch wie rechtlich.

Die russisch-britischen Gegensätze treten auch im arabischen Orient hervor: im Irak, Ägypten und der Halbinsel Arabien. Es liegt im Rahmen des russisch-amerikanischen Rapphainabkommens, daß die Standard Oil die Interessenvertretung des russischen Petroleums auf indische und vorderasiatische Märkte übernimmt. Ägypten war schon vor dem Kriege einer der besten orientalischen Abnehmer des russischen Petroleums. Gegenwärtig zeigen die Russen besonderes Interesse auch für die ägyptische Baumwolle. Rußlands eigene Baumwolle deckt nämlich seinen Industriebedarf nicht, und es ist auf die Baumwolle orientalischer Länder angewiesen. Neben Persien und Türkei kommt jetzt in dieser Hinsicht Ägypten in Betracht. Die ägyptische Presse findet die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland wünschenswert, jedoch mit der Bedingung, daß sich die Sowjetvertreter nicht in die inneren Angelegenheiten Ägyptens einmischen. Das Aufstreben Rußlands in Ägypten kann dessen „Protector“ England nicht

willkommen sein, es wird alles tun, um die russische Konkurrenz an den Nilufere zu beseitigen.

Rußland macht Versuche, auch in die arabischen Mandat- und Einflußgebiete Englands Irak und Hedschas einzudringen. Noch vor drei Jahren, als Hussein auf dem Königsthron saß, hatte Moskau Agenten nach der Hedschas-Küste geschickt, ebenso Hussein eine Sondergesandtschaft nach Moskau und die Sowjetregierung in seinem Kampfe gegen Ibn Saud um Hilfe ersucht. Kaum waren jedoch diese in Moskau erschienen, als die Wahabiten Ibn Sauds Hussein stürzten und ihn verjagten. Nun haben die Sowjetrussen versucht, wieder ihre Vertreter, und zwar unter dem Namen von Handelsleuten, nach Hedschas zu schicken. Ibn Saud ist jedoch gezwungen worden, sie auszuweisen.

Die Sowjetpresse erörtert die arabische Frage lebhaft, und zwar unter dem Gesichtswinkel russisch-britischer Beziehungen. Offenbar hegt Moskau für diese vorderasiatischen Gebiete nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Interessen. In einem Artikel versucht zum Beispiel die „Iswestija“, die panarabischen Bestrebungen Ibn Sauds mit denjenigen König Fejals bzw. Englands in Widerspruch zu bringen. Das russische Regierungsorgan nimmt dabei den Wahabitenführer, wie seinerzeit dessen Vorgänger Hussein, unter seinen Schutz, und versucht auch, ihn antibrütisch und russisch bzw. türkfreundlich zu stimmen. Der nahe Orient wird zweifelsohne und nicht erst in ferner Zukunft die Schaubühne darstellen, wo die alten Rivalen am heftigsten zusammenstoßen werden.

Titelunfug.

Ein Plan des Herrn von Reudell.

Der verdächtige Gesekentwurf über die Regelung der Amtsbezeichnungen der Reichsbeamten ist jetzt dem Reichsrat vorgelegt worden. Der Entwurf sieht vor, daß die Amtsbezeichnungen künftig vom Reichspräsidenten geregelt werden. Man will also die Neuregelung der Amtsbezeichnungen dem Parlament nehmen und auf dem Verordnungsweg vornehmen. Die faule Ausrede für dieses völlig überflüssige Beginnen lautet: es liegen zu viel einander widersprechende Wünsche und Forderungen der Beamenschaft zur Regelung der Amtsbezeichnungen vor.

Merkwürdig! Es gab doch schon bisher Amtsbezeichnungen und auch Beamtenwünsche über die Regelung der Amtsbezeichnungen. Warum muß jetzt, wo im Zusammenhang mit der Besoldungsreform eine gewisse Vereinheitlichung der Beamtenbezeichnungen notwendig geworden ist, auf einmal die Regelung in die Hand des Reichspräsidenten gelegt werden? Dafür ist bei dem besten Willen kein halbwegs vernünftiger Grund zu entdecken — wenn nicht etwas anderes hinter dem vom deutsch-nationalen Reichsminister angezeigten Manöver steckt. Liegt erst einmal die Regelung der Amtsbezeichnungen in der Hand des Reichspräsidenten, dann ist, so rechnet Herr v. Reudell, bis zum Wiederaufleben des Titelunfugs nur ein kleiner Schritt. Man vereinheitlicht, man steigert die Amtsbezeichnungen in einzelnen Fällen solange, bis der Titel wieder da ist. Gegen diesen faulen Zauber muß Front gemacht werden.

Wirth und das Schulgesetz.

Die Heidelberger Besprechungen und ihr Ergebnis.

Mannheim, 30. September.

Ueber die Konferenz Dr. Wirths mit seinen Freunden in Heidelberg hat das „Neue Mannheimer Volksblatt“ von einem Teilnehmer einen Bericht erhalten, der von dem Blatt selbst als unklar bezeichnet wird. In dem Bericht heißt es u. a.:

„Die Konferenz entsprang freier persönlicher Initiative und verfolgte keineswegs den Zweck, in die Beschlüsse der zuständigen Instanzen durch Zwischenschaltung einzugreifen. Dabei ergab sich die erfreuliche Feststellung, daß derartige Erörterungen sehr wohl

möglich und fruchtbar sind und in ihrer Weiterführung geeignet, Spannungen zu lösen, die zu schweren Konflikten in diesen Tagen geführt haben. Die Konferenz war sich fernerhin darin einig, daß durch positive Mitarbeit an dem vorliegenden Reichsschulgesetzentwurf noch vorhandene Bedenken ausgeräumt und eine Lösung gefunden werden könne, die sowohl der religiösen Vertretung des katholischen Volksteiles wie seinen Aufgaben und der Verantwortlichkeit im Rahmen der Volksgemeinschaft gerecht wird.“

Das „Neue Mannheimer Volksblatt“ bezeichnet die Feststellung als wesentlich, daß Dr. Wirth und seine Freunde sich nunmehr zu einer positiven Mitarbeit in der Schulfrage bereit erklärt haben. Es würde wohl bei Dr. Wirth selbst liegen, wieder den Weg zu den maßgebenden Stellen im Zentrum zurückzufinden.

Die sozialdemokratische „Mannheimer Volksstimme“ äußert ihr besonderes Befremden über den Sach des erwähnten Berichtes, wonach die Konferenz lediglich den Zweck gehabt habe, die kritischen Stimmen — gemeint sind die von Wirth, Weismantel und Richter — zu sichten und sie mit den grundsätzlichen politischen, pädagogischen und politisch-parlamentarischen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen.

Schahhüter Schähle.

Umgehung der Postportoversteuerung vereitelt.

Seit der Postportoversteuerung ist das Porto von Deutschösterreich nach dem Reich — mit dem vertragsmäßig Postgleichheit besteht — um rund zwei Fünftel billiger als umgekehrt; deshalb sind reichsdeutsche Reklamedruckereien vielfach von Deutschösterreich aus nach dem Reich verschickt worden. Wie die Bundespostverwaltung in Wien mitteilt, hat nun das Reichspostministerium die reichsdeutschen Postanstalten beauftragt, Drucksendungen, die in Deutschland hergestellt und für Empfänger in Deutschland bestimmt, aber bei österreichischen Postanstalten eingeliefert worden sind, nicht weiter zu befördern, sondern an den Aufgabepostort zurückzusenden. Damit mache das deutsche Reichspostministerium von der Bestimmung des Artikels 4 des Schlußprotokolls zum Welpostvertrag von Stockholm Gebrauch, die folgendermaßen lautet:

„Jedes Land kann alle ihm notwendig erscheinenden Maßnahmen treffen, um zu verhindern, daß die Briefsendungen aus seinem Gebiet über die Grenze geschafft werden, um im Ausland bei der Post aufgegeben zu werden. Es hat insbesondere das Recht, diejenigen Sendungen, die einheimische Personen oder Geschäftshäuser im Ausland an einheimische Personen oder Geschäftshäuser aufgeben oder aufgeben lassen, um die niedrigere Postgebühr aus dem Ausland gegenüber dem eigenen Lande auszunutzen, mit seinen inländischen Postgebühren zu belegen, oder an den Aufgabepostort zurückzusenden.“ Die Art der Erhebung der Gebühren bleibt seiner Wahl überlassen.

Die österreichischen Annahmestellen sind beauftragt, die Aufgeber derartiger in Deutschland hergestellter Drucksendungen auf dieses vom deutschen Reichspostministerium verfügte Beförderungsverbot in Deutschland aufmerksam zu machen.

Es ist gewiß nicht uninteressant, daß man diese ganze Geschichte von treuhändiger Verteilung des Mehrportogewinns durch Herrn Schähle — erst aus Wien erfahren muß.

Justiz gegen Staat.

Das bayerische Oberste Landesgericht erklärt das Reichswappen für schutlos.

Eine Entscheidung des bayerischen Obersten Landesgerichts, die in der „Juristischen Wochenschrift“ vom 24. September d. J. (Seite 2231) mitgeteilt wird, verdient die Aufmerksamkeit weiterer Kreise. Nach § 360 Nr. 7 des Strafgesetzbuches wird bestraft, wer unbefugt die Abbildung des kaiserlichen Wappens oder von Wappen eines Bundesfürsten oder von Landeswappen gebraucht. Es ist hiernach das Reichswappen zwar nicht ausdrücklich geschützt, dieses war aber in früherer Zeit mit dem kaiserlichen Wappen identisch, und es ist niemand auf den Gedanken verfallen, zwischen beiden Wappen einen Unterschied zu machen.

Das bayerische Oberste Landesgericht hat nun herausgefunden, daß das kaiserliche Wappen kein Reichswappen gewesen sei, und daß daher das neue Reichswappen den strafrechtlichen Schutz des alten kaiserlichen Wappens nicht genieße. Zur Begründung seiner Ansicht macht es sehr lange und sehr gelehrte Ausführungen, die aber nicht darüber hinwegtäuschen können, daß man die gegenwärtige Ansicht juristisch genau ebenso gut begründen könnte, wie dies auch in mehreren Fällen, z. B. von Lucas in der „Juristischen Rundschau“ von 1925 und ebenso in dem Kommentar von Frank zum Strafgesetzbuch geschehen ist. Diese ist die Ausführungen des bayerischen Urteils, so muß man unwillkürlich an die unbewußten inneren Tatsachen denken, die den wahren Grund derartiger Entscheidungen bilden und die in der innerlichen Einstellung der Richter zum neuen Staat liegen. Es sei nur an die auch an dieser Stelle beiprofane Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts erinnert, die eine Verordnung des preussischen Innenministeriums, die den Gemeinden die Anwendung der Reichsflagge aufgab, für ungültig erklärte. Man hat sich allerdings in diesem Falle anderweitig zu helfen gewußt.

Man kann aber auch das Urteil des bayerischen Obersten Landesgerichts nicht ohne weiteres hinnehmen. Wenn wirklich eine solche Auslegung des Strafgesetzes möglich ist, muß sofort Abhilfe geschaffen werden. Man kann nicht bis zum Erlaß des neuen Strafgesetzbuches warten. Es würde sich empfehlen, die Regelung dieser Frage durch einen besonderen Initiativantrag im Reichstag herbeizuführen.

Dolus eventualis.

Er soll im neuen Strafgesetz beibehalten werden.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstags beendete gestern die Beratungen der Bestimmungen, durch welche die Begriffe Vorsatz und Fahrlässigkeit festgelegt und bestimmt werden soll, was unter Dolus eventualis zu verstehen ist. Auch von den Vertretern der bürgerlichen Parteien wurde die Rechtsprechung über den Dolus eventualis preisgegeben. Abg. Bell bezeichnete sowohl das Urteil gegen Wilhelm Liebknecht, als auch das Magdeburger Urteil für falsch. Oberreichsanwalt Ebermayer erklärte, daß man ein falsches Urteil nicht vermeiden könne, auch wenn man den Dolus eventualis ganz streiche. Auch die Richter seien Menschen, nach der Auffassung mancher Leute sogar Unmenschen. (Heiterkeit.)

Die sozialdemokratischen Anträge auf Streichung des Dolus eventualis wurden mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Es wurde lediglich vorbehalten, eine klare und engere Formulierung des Begriffes Dolus eventualis später festzulegen. Die Weiterberatung wurde auf Dienstag vertagt.

Der Zentrale-Prozess.

Das Reichsgericht will am Dienstag anfangen.

Leipzig, 30. September. (Eigenbericht.)

Der Niederrichter-Senat des Reichsgerichts will trotz aller Einsprüche der kommunistischen Reichstagsabgeordneten am Dienstag mit dem Prozess gegen die K.P.D.-Zentrale beginnen. Er glaubt, daß die angeklagten Reichstagsabgeordneten sich freiwillig stellen werden, so daß die Verhandlung keine Unterbrechung erleidet. Es sind angeklagt wegen Vergehens nach §§ 7, 8 und 9 des Republikstrafgesetzes, Vorbereitung zum Hochverrat, Teilnahme an einer staatsfeindlichen Verbindung, Unterstützung zum Sprengstoffverbrechen usw. die Reichstagsabgeordneten Hedert, Kocnen, Kemmele, Stöcker, Haernele, Hans Pfeiffer sowie der preussische Landtagsabgeordnete Hugo Eberlein, der Redakteur Rudolf Lindau, Mitglied der Hamburger Bürgererschaft und der Redakteur Georg Schumann aus Berlin.

Sollte der Prozess durchgeführt werden, so dürften wochenlang Broschüren verlesen werden, da ganze Stöße von Akten und Schriften vorliegen.

Der preussische Innenminister in der Nordmark. Der preussische Innenminister Bergesin ist auf einer Reise durch die Nordmark Donnerstag nachmittag von Schleswig kommend in Flensburg eingetroffen, wo er vom Oberbürgermeister Dr. Tadten empfangen wurde.

Liechtenstein.

Von Hermann Schühnger.

Das Liechtensteiner Ländchen hat ein tüchtiger Wettersturz mitten im Herbst — ganz außerhalb der „Saison“ — zu einer mitteleuropäischen Sensation gemacht. Ausführende Telegramme fischer Korrespondenten berichten an die Weltpresse von reisenden Strömen, die das sonst so geruhame Tal durchfurchen, von Stein- und Höfen, deren Bewohner zwangsweise „geräumt“ werden müssen — und von einer schiedlich-friedlichen Pontonierkonkurrenz der österreichischen und der schweizerischen Armeen. Dieser Wettstreit schweizerischer und österreichischer Pioniere auf „neutralem Boden“ um kostbare Menschenleben und um wertvolles Gut ist sicherlich die freundlichste Seite der ganzen, so unheilvollen Katastrophe, die augenblicklich die Alpenländer in Atem hält.

Dieses Liechtensteiner Ländchen mit seinen würdevollen, etwas verzopften Bauern, mit seinen breithütigen und braunen Frauen ist nämlich immer noch ein vollsoveräner Staat und bildet trotz Weltkrieg und Zusammenbruch der Mittelmächte auf der europäischen Karte seinen blauen, bzw. roten Kleckel. Vor dem schwebischen-bayerischen Hochland und der Bodenseeregion baut es sich seit Jahrhunderten auf wie ein gigantischer Torturm, der mit dem dreibudgeligen „Dreischwesternberg“ und den nach dem Rhein und der All herunterfallenden Schanzen den Aufstieg nach dem St. Gotthard und den Durchmarsch zum Mittelmeer verwehrt.

Dieser Bergsiedel glüht, vom Bodensee aus betrachtet, in allen Farben, je nachdem ihn jener unbekanntes Filmregisseur für seine höheren Zwecke „belichten“ läßt — mal tiefblau, wenn der warme Frühling aus dem Süden über den Gotthard bläst — mal hellgrün, wenn der Ostwind von Bayern aus das Schlechtwetter zusammenschleht — mal tolschwarz, wenn ein Unwetter über den See rast und weiße Käppe aus dem gischenden Wasser schneißt.

Um diesen „Dreischwesternberg“ herum redt sich nun breit und behäbig das Liechtensteiner Land. An den Bergen leben einige recht hübsche aber ziemlich bescheidene Hotels und Sanatorien, zwischen den zerrissenen Hängen duden sich die niederen Heustadel und Almen und unten im Grund im Tiefstand pflanzt sich behäbig und selbstbewußt der Liechtensteiner Bauer seinen Hof in den fetten Ackergrund hinein.

Die Liechtensteiner Bauern sind keine Stürmer und Dränger, keine weltpolitisch erlesenen Zeitgenossen wie ihre alemannischen Kollegen drüben in Luzern, Bern und Genè. Sie adern und säen und ernten mit ihren harten Köpfen und breiten Nacken, ohne sich den Teufel um die Händel der Welt zu scheren, sprechen Recht über primitivste Bauernkonflikte, halten auf „Ruhe und Ordnung“ mit ihren fünf Landgendarmen, schlafen behäbig mit ihren massigen Frauen, zeugen Kinder, verwehren ihr Vieh und ihren Hof und

trinken ihren Baduzer Wein — unbeschwert von komplizierteren europäischen Problemen, als die zwischen Mittelalter und Neuzeit politisch eingeschlafenen Ackerbürger einer Bauernsiedlung, die man in dem versteckten Winkel zwischen Oesterreich und der Schweiz einfach vergessen hat!

Elftausend Menschen leben so, ganz für sich allein, um den Dreischwesternberg herum und erkennen als ihr geistiges Oberhaupt, als den größten Bauern und souveränen Bürgermeister ihren Fürsten an, der alle Jahre im Sommer drei bis vier Wochen in Baduz, dem größten Dorf des Landes, residiert. Der schlägt dort „seinen Hof“ auf in dem Schloß, das wie ganz Liechtenstein nach Apfelmösi, Wein und Käse riecht und „regiert“ zwei Wochen mit dem dreitöpfigen „Rat“ und dem fünfzehnköpfigen Parlament — ein 87jähriger, gutmütiger, aber reichlich verfallener Greis, gegen den unter Hindenburg noch ein junger Springer ist.

Ist die Sitzung aus, dann schreiet der aufgelöste „Reichstag“ zum Dämmerstroppen durchs Dorf und grüßt die „hauptstädtische“ Bevölkerung, die eben das Vieh eintreibt mit einem freundschaftlichen: „S' Goodi!“ und „Grüßi — o!“

Jeder, der einmal ein paar Wochen in dem freundlichen Ländchen zu Hause war, denkt gern daran und wünscht, daß es sich recht bald von dem Wettersturz erholt. Jeder lächelt ein bißel, wenn er an das Liechtensteiner Ländchen denkt — an Baduz mit seinem gebraten Wein und an den „Dreischwesternberg“.

An die „drei Schwestern“ am Berg! Warum soll man sich nicht drei möllige, erdentwachsene Liechtensteiner Schwestern da oben vorstellen können, mit breiten Hüften und schweren Brüsten, drei Mädels, die sich da eng hintereinander mit ihren warmen Possfern auf den Berggrat legen! Drei Schwestern als Sinnbild eines Berges und einer großen souveränen Bauerngemeinde, das zeugt doch von Humor und Witz! Wie sie modern da oben vor Bergmügen, wenn das Rheinwasser anstatt durch sein Bett, durch Kugelhäuschen und den österreichischen Pionieren die Pontons wegreißt, daß ihnen das Maul heut noch vor Schreck offen steht!

Tagung des Deutschen Werkbundes.

Die vom 27. bis 29. September in Mannheim abgehaltene Tagung des Deutschen Werkbundes wies eine große Anzahl von staatslichen und Behördenvertretern, sowie eine reiche Entsendung von Einzelpersönlichkeiten aus allen wirtschaftlichen und künstlerischen Kreisen auf.

Am Mittwoch fand die Mitgliebertagung statt, die außer den üblichen geschäftlichen Punkten eine besondere Bedeutung hatte durch die Beschlußfassung über die Ausstellungsspläne des Deutschen Werkbundes. Danach soll im Jahre 1932 am Rhein, mit dem Mittelpunkt in Köln, eine große Ausstellung „Die neue Zeit“ geschaffen werden, die durch Teilausstellungen in anderen rheinischen Gebieten erweitert wird. Außerdem wird eine idelle Verbindung mit Ausstellungssplänen der Stadt Frankfurt a. M., die anfänglich des 100. Todestages Goethes verwickelt werden sollen, angestrebt.

Es wurde beschlossen, sich an der Berliner Ausstellung des Vereins Bauausstellung 1930 nicht offiziell, sondern durch einige abgeordnete Gruppen zu beteiligen.

Die der Versammlung vorgelegten Anträge berührten die im Werkbund vorhandenen Gegensätze zwischen den Bestrebungen nach der reinen Kunstform und der nach der schönen Zweckform. Die Stuttgarter Ausstellung „Die Wohnung“ wurde als ein gewagtes Experiment, das nicht zu den Ideen des Werkbundes gehöre, bezeichnet. Die Aussprache über diesen Gegenstand, die sehr sachlich geführt wurde, ergab die Annahme einer Resolution, auf die Eingabe Stuttgarter Möbelfabrikanten, daß der Werkbund keine Kursänderung vorgenommen habe und daß unter den Aufgaben der gestaltenden Arbeit die des Bauens und der Wohnung die wichtigsten seien.

Die öffentliche Versammlung am Dienstag behandelte das Thema „Handwerk und Werkbund“. Der Generalsekretär des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages Dr. Reufschmann hielt ein Referat über die Wünsche des Handwerks an den Werkbund. Es war eine prinzipielle Fixierung der Lage des Handwerks in dem augenblicklichen Stand unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Der Vertreter erklärte seine Bereitschaft zur Mitarbeit im Werkbund, wenn dieser die Entwicklungsbedingungen des Handwerks berücksichtige. Das Referat durch Museumsdirektor Dr. Riezler ging im Prinzip auf die Wünsche des Handwerksvertreters ein, wenn er sich auch in bestimmten Einzelheiten mit den Forderungen des Handwerks nicht einverstanden erklären konnte. In der Aussprache gab Prof. Gropius eine interessante Definition des Begriffes Handwerk, während Dr. Reufschmann auf die Möglichkeit und Notwendigkeit der praktischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Handwerk und Werkbund hinarbeitete.

Der Vorsitzende der Tagung und des Werkbundes, Dr. Brudmann, konnte schließlich mit Genugtuung als Ergebnis der Beratungen die Aufzeichnung von Grundlagen feststellen, auf denen schon im nächsten Jahre gemeinsam zusammengearbeitet werden könnte. In der Hoffnung, daß Werkbund und Handwerk in dieser Zusammenarbeit sich gegenseitig betrachten, schloß der Vorsitzende die Tagung.

Die Stadt Mannheim wurde dem Ereignis durch weitgehende gesellschaftliche Veranstaltungen, die die Teilnehmer in das Mannheimer und Schwelinger Schloß führten, gerecht.

Unser neuer Roman. Wir beginnen in der heutigen Nummer mit dem Abdruck eines Romans, der die Zustände in Rußland von 1918 bis 1922 schildert. Er stammt von einem jungen Schriftsteller, der wie Gorki unmittelbar aus dem Volke hervorgegangen ist und seine Jugend in der Unruhe, dem Elend und der Rot des typischen russischen Proletariats verbracht hat. Er hat in einer kurzen Darstellung sein Leben selber geschildert (siehe die heutige Nummer von „Unterhaltung und Wissen“). Der Roman ist von einem Anhänger und Parteigänger Sowjetrußlands geschrieben, aber er nicht nur ein Kenner der Dinge und Menschen, sondern auch ein Dichter ist, so gibt er hier ein allseitiges Bild des Lebens, er führt uns mitten in die Kämpfe mit der Gegenrevolution, er zeigt uns die gewaltige Umschichtung, die in der Seele des Russen, vor allem auch der russischen Frau eingetreten ist, führt den ungeheuren Verfall vor

Heute Streik der Brauer.

Streikbeginn früh 6 Uhr.

In der Abstimmung am Donnerstag und Freitag in den Berliner Brauereien haben sich von 7200 Beschäftigten 5854 beteiligt. Davon haben für Streik gestimmt 4746, gegen den Streik 1035, ungültig waren 73 Stimmen. Die statutarisch notwendige Zweidrittelmehrheit der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist somit weit überschritten worden.

In der zu gestern abend nach dem „Kosenthaler Hof“ einberufenen und stark überfüllten Versammlung der Funktionäre der Brauereiarbeiter gab der Berliner Bevollmächtigte des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Grunow zunächst das Abstimmungsergebnis bekannt, das von den Versammelten mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Genosse Grunow betonte, daß der Hauptvorstand des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter die Sanktion zum Streik gegeben hat, unter der Voraussetzung, daß die im Einzelarbeitsvertrag vorgesehene achtstägige Kündigungsfrist eingehalten wird.

Die Funktionäre beschloßen jedoch ohne Debatte einstimmig, diese Kündigungsfrist nicht einzuhalten und ab heute früh 6 Uhr in den Streik zu treten. Es wurde ferner beschlossen, daß die Notstandsarbeiten, wozu die Pflege der Zugtiere und die Bewachung der Grundstücke gehören, ausgeführt werden.

Bundestag der Bauarbeiter.

Sitzverlegung nach Berlin.

Dresden, 30. September. (Eigenbericht.)

Auf dem Bundestag des Deutschen Baugewerksbundes wurde am Freitag vormittag — am Donnerstag machten die Delegierten eine Dampferpartie durch die Sächsische Schweiz — zunächst die Verlegung der Bundesleitung nach Berlin beraten. Die Gründe für die Verlegung, die der zweite Vorsitzende Bernhard vorlegte, sind: Berlin liegt geographisch zentraler, ferner ist Berlin der Sitz des ADGB und Sitz der gesamten Reichsbehörden. Für die Verlegung nach Berlin setzen sich besonders Drügemüller-Berlin und Silber-Schmidt vom Bundesvorstand sowie Hüttmann-Frankfurt ein; dagegen waren Bundeskassierer Kober sowie Westphal-Hamburg und Fein-Hamburg, und zwar aus finanziellen Gründen. Der Antrag auf Verlegung wird mit Majorität angenommen. Seine sofortige Bewirkung ist freilich noch nicht möglich.

Professor Singheimer-Frankfurt sprach hierauf über „Gewerkschaften und Arbeitsrecht“. In tief durchdachter Weise behandelte er sein Thema, dem er den Gehör des berühmten Rechtslehrers Ihering „Im Kampf sollst du dein Recht gewinnen“ voranstellte. Er schilderte den dreifachen Kampf: den Kampf um ein Arbeitsrecht überhaupt, den Kampf um Inhalt, Anwendung und Auslegung des Arbeitsrechts und den Kampf um seinen Inhalt in der Zukunft. Die Aufgabe der Arbeiterschaft ist erst dann gelöst, wenn es eine von anderen Menschen geschiedene Arbeiterklasse nicht mehr gibt. Der Arbeiter darf nicht mehr als bloßer Lohnempfänger angesehen werden, sondern als Ausübender einer öffentlichen sozialen Funktion.

Ohne Ausnahme wird hierauf eine den Ausführungen des Vorsitzenden entsprechende Entschließung über die Forderungen der Bauarbeiter zum Arbeitsrecht und zur Sozialpolitik angenommen. Sachs-Berlin, Sekretar des ADGB, hielt einen Vortrag über den Bauarbeiterstreik. Er forderte reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterstreikes. Eine entsprechende Entschließung bekräftigt zugleich nochmals ausdrücklich die vom ersten Bundestag für den Bauarbeiterstreik aufgestellten Forderungen. Eine weitere Entschließung fordert gesetzliche Schutzmaßnahmen gegen die schweren Gesundheitsstörungen der mit Preßluftwerkzeugen hantierenden Arbeiter.

Von den 27 Delegierten des Bundes zum Gewerkschaftskongress 1928 wurden 7 dem Bundesvorstand zuerkannt; die anderen wählten der Bundestag nach Vorschlägen der Delegierten der einzelnen Bezirke.

Für die Geschädigten der Wasserkatastrophe im Sächsischen Erzgebirge bewilligte der Bundestag 25.000 Mark.

Die Lohnbewegung im Gastwirtsgewerbe.

Kein Streik vor dem Schiedsspruch.

Die am Freitag im Gewerkschaftshaus tagende Generalversammlung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten nahm einen Bericht des Bevollmächtigten Genossen Saar über den Stand der Lohnbewegung zur Kenntnis und beschloß mit allen gegen acht Stimmen, die Verwaltung zu beauftragen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet erscheinen, die Forderungen der Arbeiterschaft durchzusetzen. Die sogenannte Opposition hatte einen Antrag eingebracht, der verlangte, daß die Verhandlungen am Sonnabend um 14 Uhr abgebrochen werden sollen, und daß der Streik bereits am Sonnabend um 20 Uhr prokla-

miert werden solle. Dieser Antrag wurde mit allen gegen 20 Stimmen, also gegen eine kleine Minderheit abgelehnt, weil die Mehrheit der Versammlung die Verwaltung nicht von vornherein binden wollte.

Nach dem gefassten Beschluß der Generalversammlung soll die Verwaltung ihre Entscheidung von dem Spruch des vereinigten Schiedsgerichts abhängig machen. Die Verwaltung wird daher, um die weiter notwendigen Beschlüsse zu fassen, am Sonnabend nach Fällung des Schiedsspruchs zusammen-treten.

Lohnbewegung der Reichs- und Staatsarbeiter.

Am Dienstag beschäftigte sich eine Versammlung der Funktionäre aus den Reichs- und Staatsbetrieben u. a. auch mit der Lohnfrage. Die Neuregelung der Löhne, die im April d. J. erfolgte und gleichzeitig eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 1 Pf. ab 1. Oktober vorsah, kann unmöglich ohne nochmalige Nachprüfung Geltung behalten. Fast einstimmig wurde mit Schärfe das Verhalten der Regierung verurteilt, da sie durch ihre Schutzpolitik zum größten Teil selbst die jetzige Teuerung herbeigeführt hat, ja selbst preissteigernd führend voranging durch die Erhöhung der Postgebühren. In der weiteren Debatte wurden auch Stimmen laut, bei den kommenden Wahlen mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Regierung durch eine den beschloßen arbeitenden Massen mehr Verständnis entgegenbringende Regierung abgelöst wird. Die teilweise sehr heftige, wenn auch sachliche Diskussion fand ihren Niederschlag in nachfolgender Entschließung:

„Die am 27. September d. J. im Verbandshaus der Gemeinde- und Staatsarbeiter versammelten Funktionäre der Reichs- und Staatsbetriebe stellen mit besonderer Genugtuung fest, daß der Verband die wirtschaftlich unbegründeten Preissteigerungen (soweit zum Anlaß genommen und bei dem Reichsfinanzministerium Verhandlungen beantragt hat, um das Lohnniveau der Reichs- und Staatsarbeiter in entsprechender Weise den Lebensnotwendigkeiten wieder anzupassen. Da diese Preissteigerungen fast ausschließlich auf die verheerenden Maßnahmen der Reichsregierung zurückzuführen sind, ist dieselbe Regierung auch moralisch verpflichtet, die Auswirkung der Schutzölle, Mieterhöhungen usw. wieder auszugleichen durch entsprechende Erhöhung der Löhne. Sollte wider Erwarten die Regierung sich dieser selbstverständlichen Pflicht zu entziehen versuchen, so wäre damit erneut die arbeiterschaftliche Tendenz dieser Regierung erwiesen. Eine derartige Handlungsweise müßte natürlich zur schärfsten Kampfansage führen. Die Funktionäre erwarten deshalb, daß bei den kommenden Verhandlungen vom Reichsfinanzministerium das Verständnis ausgebracht wird, welches notwendig ist, um zu einem die Arbeiterschaft befriedigenden Ergebnis zu kommen.“

Die Lohnbewegungen der Schuhmacher.

Der Konflikt in den mechanischen Schuhreparatur-Werkstätten.

Bei den Verhandlungen am Mittwoch mit den Inhabern mechanischer Schuhreparaturwerkstätten konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Die Unternehmer boten nach langwierigen Auseinandersetzungen die Erhöhung des Mindestlohnes von 90 auf 98 Pf. und eine Lohnzulage für die Mehrerdiener von 5 Pf. pro Stunde an, und ließen durchblicken, daß einer Erhöhung des Mindestlohnes auf 1 Mark pro Stunde zugestimmt würde, wenn die Mehrerdiener mit der Zulage von 5 Pf. einverstanden wären.

Die Verhandlungskommission der Arbeiter verlangte als letztes Angebot als Mindestlohn 1 Mark und für die Mehrerdiener 8 Pf. Zulage. Die Verhandlungen mußten in diesem Stadium abgebrochen werden. Am Montag, dem 3. Oktober, haben die Arbeiter der mechanischen Schuhreparaturwerkstätten in der in den Andreasstraße, Andreasstraße 21, nachmittags 5½ Uhr, stattfindenden allgemeinen Schuhmacherverammlung für mechanische Betriebe das Wort. Sie werden darüber abstimmen, ob das Angebot der Unternehmer angenommen werden soll oder nicht. Die Arbeiter aller mechanischen Reparaturwerkstätten werden ersucht, auch wenn sie noch nicht der Gewerkschaft angeschlossen sind, rechtlos zu erscheinen.

Aus dem Bereiche der Deutschen Luft Hansa.

Das Condorsyndikat antwortet.

Wir brachten unter dieser Überschrift am 18. September einen Arbeitsvertrag zum Teil im Originalwortlaut zur öffentlichen Kenntnis, der von den Tochtergesellschaften der Deutschen Luft Hansa mit nach Südamerika entsandten Facharbeitern abgeschlossen worden ist. Wir erhalten nunmehr eine längere Zuschrift des Condorsyndikates, das den authentischen Wortlaut mit seinen höchst unsozialen Bestimmungen leider nicht bestritten kann, dafür aber recht eigenartige Begründungen ihres Verhaltens gibt. Wir können aus räumlichen Gründen nur auf das Wesentlichste hier eingehen.

Die von uns festgestellte Tatsache, daß Bordmonteure in Südamerika schlechter als vorher in der Heimat bezahlt werden, wird nicht bestritten, nur mit dem Hinweis auf spätere Zulagen und angeblich billigere Lebensbedingungen begründet. Wenn die Kautionsklausel des Vertrages, nach welcher ein Teil des Einkommens der Arbeitnehmer von der Firma als „Sicherheit“ einbehalten wird, damit begründet wird, daß Kontraktbruch bald nach Arbeitsantritt drüber vorgelommen sei, so läßt gerade das darauf schließen, wie schlecht Arbeitsvertrag und Arbeitsverhältnisse bei der Firma sein müssen; denn ein des Landes unfähiger Flugzeug- und Bordmonteur, der am Flugdienst hängt und sich hier jahrelang bewährt hat — und nur solche werden ausgesucht! — wird nur dann eine andere Arbeitsstelle suchen, wenn er schwer enttäuscht worden ist und wo anders besser bezahlt wird.

Zu der Tatsache, daß bei „selbstverschuldeten“ Krank-

heit sofortige Entlassung, Kautionsverlust und Verlust des Heimreiseanspruchs im Vertrag vorgesehen sind, schreibt das Condorsyndikat: „In hygienisch so wenig disziplinierten Gebieten wie die, für welche die Verträge bestimmt sind, muß das Personal durch bestimmte Vorschriften zur Vorsicht erzogen werden.“

Welch rührende Erziehungsfürsorge! Man hebt drohend den Finger: „Du darfst nicht, mein Sohn!... Solltest du aber trotzdem... dann haben wir mit dir nichts mehr zu schaffen. Dein Kautionsgeld behalten wir, und du kannst sehen, wo du in Brasilien bleibst.“ — Wir hoffen nur, daß die Luft Hansa bzw. das Condorsyndikat die Gesundheitsfürsorge für ihre Direktoren in „hygienisch wenig disziplinierten“ Gegenden mit gleicher Strenge betreibt!

Mit Befriedigung entnehmen wir der Zuschrift der Firma, daß das gesamte fliegende Personal in Südamerika nunmehr in Deutschland versichert wird. Das war im Frühjahr noch nicht der Fall; hier hat offenbar die öffentliche Kritik bereits gutes bewirkt. Leider aber ist der schlimmste Teil des ansehbaren Vertrages offenbar noch immer in Kraft, nach dem unerschuldet Erkrankte bzw. Verunglückte nur vier Wochen Urlaub erhalten und entlassen werden können ohne Heimreiseanspruch. Die Firma schreibt hierzu: „Diese Klausel... bedeutet keinesfalls eine prinzipielle Ablehnung seitens des Unternehmens sondern die Gesellschaft will sich lediglich gegen Verluste des Mißbrauchs (Simulation) — wie leider (schon vorgenommenen) schützen.“

Das ist angenehm zu erfahren. Aber wenn man gar nicht so böse Absichten hat, warum formuliert man dann so bössartige Drohungen? Gegen Simulation bietet eine ärztliche Untersuchung ausreichenden Schutz. Im übrigen ließe solche angeblich schon vorgelommene Simulation erst recht auf unbefriedigende Arbeitsverhältnisse schließen. Dieser Vertrag ist und bleibt für die deutsche Luftfahrt ein dunkler Flecken und kann durch keine Kommentare gerechtfertigt erscheinen. Bei guter Bezahlung und Bewährung menschenwürdiger Rechte werden weder Simulation noch Davonschleichen zu befürchten sein. Wir hoffen im Interesse des guten Rufes der deutschen Luftfahrt, daß, wie bereits in der Versicherungsfrage, so auch in den anderen Bestimmungen der Vertrag einer gründlichen Revision unterzogen wird. Die Angestellten im Luftverkehr aber sollten keinen Vertrag unterzeichnen, ohne ihn vorher von ihrer zuständigen Organisation, der Luftfahrtabteilung des Deutschen Verkehrsverbundes, überprüfen zu lassen.

Lohnbewegung in der Eisenmöbelindustrie.

Der Metallarbeiterverband hat das Lohnabkommen mit dem Berliner Fabrikantenvorstand der Eisenmöbel- und Drahtnetzmattensindustrie zum 31. Oktober gekündigt, zugleich aber auch eine Verkürzung der Dauer des Lohnabkommens bis zum 30. September gewünscht, da die im Mai festgesetzten Löhne durch die Teuerung völlig unhaltbar geworden sind. So ist der Spitzenlohn eines Schlossers in der ersten Klasse 1 Mark, der durchschnittliche Arbeiterlohn 1,12 Mark.

Die Unternehmer haben dem Metallarbeiterverband mitgeteilt, daß sie eine zwischenzeitliche Lohnregelung nicht vornehmen könnten, da sie bereits Aufträge angenommen hätten, die auf der Grundlage der jetzt gültigen Löhne kalkuliert seien.

Die in der Eisenmöbelbranche Beschäftigten vertreten in der letzten Branchenversammlung die Auffassung, daß dies nur ein an den Haaren herbeigezogenes Argument sei, womit die Unternehmer ihren rücksichtslos ablehnenden Standpunkt verhüllen wollen. Sie beauftragten die Organisation, da man die Unternehmer zu einer Verkürzung der Dauer des Lohnabkommens nicht zwingen könne, von ihnen aber zu fordern, daß die Verhandlungen über den Neuaufschluß eines Lohnabkommens so rechtzeitig geführt werden, daß noch vor dem 31. Oktober Klar zu erkennen sei, wieweit die Unternehmer zum Einigenkommen bereit sind. Die Versammelten erklärten einstimmig, daß sie es ablehnen, auch nur einen Tag tariflos zu arbeiten, sondern daß sie gewillt sind, in den Streik zu treten, wenn die Unternehmer sich nicht zum Abschluß eines annehmbaren Tarifvertrages bereit erklären sollten.

Gehaltserhöhung im Berliner Speditionsgewerbe.

Nachdem seit geraumer Zeit im Berliner Speditionsgewerbe erfolglos über eine Erhöhung der Gehälter für die Angestellten verhandelt worden ist, hat sich der Schlichter gestern mit dem Konflikt beschäftigt. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, der ab 1. Oktober eine Erhöhung der Gehälter, die seit dem April in Kraft sind, um 1 Prozent vorsieht. Uebrigens, und die nach der 48. Arbeitsstunde zu leisten sind, werden mit ein Zweihundertstel des Monatsgehaltes plus 25 Prozent als Zuschlag vergütet.

Achtung, Fachgruppe Stad. und Gipsbau. Am Donnerstag, dem 29. September, haben die Kollegen Pulver den Streik beschlossen, der mit dem 1. Oktober beginnt. Wir weisen darauf hin, daß die Kollegen unserer Fachgruppe jede Pulverarbeit abzulehnen haben. Wo die Kollegen Stukkateure oder Rohputzputzer Pulverarbeit ausgeführt haben, außer Rohputz, hat dieses mit dem 1. Oktober zu unterbleiben, wenn sie sich nicht des Streikbruchs schuldig machen wollen. Kollegen, übt Solidarität! Die Fachgruppenleitung.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Erste, Sonnabend, folgende Veranstaltung: Kreis-Oberpreis-Kreismitgliedsversammlung um 19½ Uhr im Jugendheim Baumhüttenweg, Ernststr. 16.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: G. Ringelshöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Gieseler; Heilung: Dr. Jahn; Schlichter: Volzke und Conzies; Krisis-Komitee: Angewandte: W. Lohde; Journalist: Berlin; Verlags: Formis-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Formis-Druckerei und Verlagsanstalt Hans Singer u. Co., Berlin, SB 68, Lindenstraße 2, hieran 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Neueröffnung!

Spezialhaus für Herren- und Damen-Bekleidung

Achten Sie auf unsere Adresse!

Beim Einkauf von 20.— M an erhalten Sie gegen Vorzeigung dieses Inserates eine Mütze gratis! Nicht früher einkaufen, bis Sie uns, gr. ohne Kaufzwang! Schauenster, Lager besichtigt haben

Damenmantel 30⁰⁰ Jünglings-Anzug 25⁰⁰ Anzug 40⁰⁰ Paletot 50⁰⁰

Anzahlungen nach Belieben. — Trotz enorm billiger Preise bei Bezahlung innerhalb 16 Wochen 20% Rabatt. Bequeme Teilzahlungen bis 8 Monate. Bei Barzahlung 30% Rabatt. Die Ware wird sofort mitgegeben oder frei Haus geliefert!

Neuköllner Bekleidungshaus GmbH • Nur Berliner Straße 61

Fahrverbindungen: Untergundbahnhof Rathaus / Straßenbahnlinien 11, 12, 13, 32, 47, 48, 63, 113

Die Brücke über die Straße.



In der Neuen Friedrichstraße ist der Bau eines Schwibbogens im Gange, der das Kaufhaus Wertheim mit dem über der Straße gelegenen Einrichtungs- und Möbelhaus verbindet. Bei einer Länge von 20 und einer Breite von 5 Meter wird dieser Schwibbogen in zwei Geschossen ausgeführt. Als äußerlicher Schmuck ist eine reiche Bronzeverkleidung vorgesehen. Noch vor dem Winter soll der Bau fertiggestellt werden und wird dann sowohl dem Publikum als auch

dem Personal den Verkehr zwischen den beiden Häusern erleichtern. Demselben Zweck soll auch ein Tunnel dienen, dessen Fertigstellung in der nächsten Zeit zu erwarten ist. Diese Art Ableitung des Fußgängerverkehrs von dem gefährlichen Auto- und Straßenbahnbetrieb in den verkehrsreichen Straßen der Innenstadt ist im Interesse der gefährdeten Fußgänger und der schnelleren Abwicklung des Verkehrs sehr zu begrüßen.

Der Schuß auf den Ehemann.

Zum gestrigen Urteil.

Wir teilten heute das Urteil gegen Frau Gebauer mit. Zum Verständnis des Urteils nur noch eine kurze Betrachtung. Die Gerichtsverhandlung bot einen Querschnitt durch das Leben der sogenannten guten Gesellschaft. Der Verstorbene, der ungeratene Sohn eines Kaufmanns, hatte es nur bis zur Untertertia gebracht, und wurde als achtzehnjähriger nach Mexiko abgehoben. Hier lernte er Arbeit, aber auch Menschenhinden und brutale Lustbefriedigung kennen. Als er in Berlin zu Geld gekommen war, beschloß er, als Rentier das Leben zu genießen: er kaufte eine Villa und wurde Rittergutsbesitzer, später Bucherer. Für die Mentalität dieses Mannes sind zwei seiner Aussprüche besonders charakteristisch. Der eine: „Meine Familie hat während des Krieges nicht gedurft; unser Tisch war stets voll besetzt. Dumm waren die Leute, die Blut und Leben fürs Vaterland gelassen haben.“ Der andere: „In Mexiko, da verstand man es, die Leute mit Knuten und Revolver

niederzuhalten.“ Gegen den Verstorbenen waren bei der Staatsanwaltschaft eine Reihe Sachen wegen Buchens anhängig gemacht. Ja, selbst die Mutter des Verstorbenen mußte gegen ihn die Unterhaltspflicht führen und die Handelskammer hatte seine Berufung zum Sachverständigen unter der Begründung abgelehnt, daß er moralisch wertlos und eines öffentlichen Amtes unwürdig sei.

Die mexikanische Brutalität hatte G. in das eheliche Schlagschmach übernommen. Seine physische Schwäche war, nach seinem eigenen Geständnis, die Folge seines merikanischen Liebeslebens. Sie wurde für ihn zur Quelle ungläublicher Qualen, Demütigungen und Rinderwertigkeitsgefühle. Die Ehescheidungsklage gegen seine Frau, die Enterbung von Frau und Sohn, die er zwei Tage vor seinem Tode in einer schlaflosen Nacht vornahm, bedeuten nichts anderes als der letzte Versuch, sich doch als Mann zu zeigen.

Und die Frau? Die Zeugen hielten mit der Sprache zurück. Sie war eine herrschsüchtige, eigenwillige, unnachgiebige, hochmütige Frau. Sie wirkte auf ihren Mann nicht beruhigend, wenn er von seinen fränkhaften Ausbrüchen des Jähzorns befallen wurde, sondern

reizte ihn noch zu höherer Wut. Sinnlich und auch ein wenig leichtfertig, trotz ihrer guten Erziehung und ihres Verfalls, den Schein nach außen hin zu wahren, unterhielt sie, die einstmals höhere Tochter und nun Rittergutsbesitzerin, ungeniert ein Verhältnis mit dem geistig tief unter ihr stehenden Gutsinspektor. Ihr Mann war nun weder Gatte noch Ernährer. Er stand im Wege, Man spielte mit dem Gedanken, ihn zu beseitigen. Der Sohn sagte wiederholt vom Vater „erschließen muß man ihn“. Vom Wort zur Tat war nicht weit. Als die Frau zur Versöhnung fuhr, lauerte in ihrem Hien der heimliche Gedanke: Versöhnung oder Tod. So gingen die Schüsse von selbst los und waren wirklich tödlich. Die Zwiempätigkeit der Einstellung der Frau fand ihren Ausdruck in der Zwiempätigkeit des Urteils: Notwehr plus verführter Totschlag gleich einhalb Jahre Gefängnis.

25 Jahre „Vorwärts“-Buchdruckerei.

Heute sind 25 Jahre vergangen seit dem Tage, an dem die „Vorwärts“-Buchdruckerei ins Leben gerufen wurde. Schon am 1. April 1884 erschien der Vorläufer unseres Blattes, das „Berliner Volksblatt“. Singer und Bading waren es, die diese Zeitung unter persönlichen Opfern herausbrachten. Aber der Erfolg sprach für sie. Kaum 2000 Abonnenten zählte man am Anfang, am 1. Oktober 1890 aber hatte sich die Ziffer verzehnfacht! 25000 Abonnenten, das war immerhin für damalige Verhältnisse eine Zahl.

Damals, 1890, wurde der „Vorwärts“ geschaffen, aber noch elf Jahre mußten vergehen, bis August Bebel und Paul Singer sich an die Berliner Parteifreunde mit einem Appell wandten, Geldmittel für den Aufbau einer eigenen Druckerei zu beschaffen. Und dieser Aufruf wurde von unseren Berliner Genossen mit Bereitwilligkeit aufgenommen und brachte einen imponierenden Erfolg. Es wurde begriffen, daß die Gewinne, die man bisher aus dem Druck der Zeitung erzielt hatte, die aber Privatunternehmern zugeleitet worden waren, jetzt durch eine eigene Druckerei unserer Bewegung, der Arbeiterbewegung, zur Verfügung gestellt werden sollten. Gerade ein Jahr war vergangen, als unsere Genossen aus der Zeit der Jahrhundertwende nicht weniger als 187000 M. aufgebracht hatten. Durch weitere Sammlungen und durch die Mitarbeit auch der Gewerkschaften wurden weiterhin rund 300000 M. mobilisiert. Die Sozialdemokratie zeigte, daß sie marschierte: Dem Gründungsausschuß waren im ganzen über 500000 M. zur Verfügung gestellt worden. Die Reaktion, das darf man sagen, bekam einen „Keinen Schreck!“ Diese halbe Million war das Grundkapital für die „Vorwärts“-Buchdruckerei, die am 1. Oktober 1902 begründet wurde. Firmenträger waren zunächst August Bebel, Paul Singer und Eugen Ernst. In der Lindenstraße 69 eröffnete man den Betrieb. Die Belegschaft zählte damals hundert Köpfe. Heute beträgt die Zahl 650.

Unter vor einem Jahre verstorbenen Genosse Richard Fischer wurde Geschäftsführer, und wir wissen, wie vorbildlich er seinen Posten ausfüllte. Der Kuffleg blieb nicht aus: Bald waren die Schulden bezahlt, immer neue, immer modernere Maschinen wurden aufgestellt. Vor nunmehr fünfzehn Jahren erwarb die Arbeiterschaft für dreieinhalb Millionen Mark unser Grundstück in der Lindenstraße 3. Damals wurde die Aktiengesellschaft „Lindenhaus“ begründet. Die Presse der Rechten war außer sich vor Wut, Umsonst! Das Unternehmen setzte sich durch. Wenn auch durch Krieg und Inflation eine rückläufige Bewegung unvermeidlich war, so wurde doch auch diese schwere Krise überwunden. Heute ist die „Vorwärts“-Buchdruckerei ein Unternehmen, erfüllt von Lebensfähigkeit und geachtet in allen Fachkreisen.

Die einstigen Firmenträger, Bebel, Jensch, Singer, Haase und Ebert, sind tot, die Bewegung aber lebt!

Ab 2. Oktober Winterfahrplan. Der am 2. Oktober in Kraft tretende Winterfahrplan 1927/28 enthält für die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen keine wesentlichen Änderungen.

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Das verwüstete Werk.

1. An der Schwelle des Nestes.

Ebenso wie vor drei Jahren spie das Meer, dort hinter den Dächern der Kaserne und den Bogengängen des Werkes, in dieser frühen Morgenstunde dampfende Gischt und Sonnensplittler. Und die Luft zwischen den Bergen und dem Meere war wie Wein in diesem Flammenscheine. Die Boiken des März waren in den Hecken noch nicht sichtbar. Und die blauen Fabrikshütten und die Eisenbetongebäude des Werkes und die Arbeiterhütten der „Gemüthlichen Kolonie“ und die kupferglänzenden Rippen der Berge schmolzen in der Sonne und waren durchsichtig bläulich wie Eis.

Drei Jahre — und alles so wie gestern: nichts hatte sich geändert. Diese dunstigen Berge mit ihren Ausbuchtungen, Klüften, Steinbrüchen und Felsen sind genau so, wie sie in seiner Kindheit waren. In der Ferne die altbekannten Brücke an den Abhängen, die Bremsberge zwischen den Steinen und Hecken, die Brücken und Aufzüge in den engen Schluchten. Und das Werk unten ist dasselbe: eine ganze Stadt von Türmen, Kuppeln und zylindrischen Dächern, und die „Gemüthliche Kolonie“ am Bergabhäng, über dem Werk, ist dieselbe, mit den verlämmerten Klazien und den kleinen, wenigen Quadratmeter großen Höfen an jedem Haus.

Wenn man durch das Loch in der Betonmauer geht, die das Fabrikgelände von der Vorstadt abgrenzt (früher war hier ein Pförtchen — jetzt ist ein Loch durchgebrochen), so ist in der zweiten Kaserne Ghebs Wohnung.

Bald wird ihn seine Frau Dascha mit seinem Töchterchen Njurla sehen, wird ausschreien und an seiner Brust vor Freude erschütterter erstarren. Dascha erwartet ihn nicht, und er weiß nicht, wie sie sich in den drei Jahren seiner Abwesenheit verändert hat. Es gibt in der Republik keinen Weg, keinen Steg, der nicht durch Menschenblut gedüngt wäre: Ist hier der Tod nur auf der Straße vorübergegangen, an den Arbeiterhütten vorbei, oder ist seine Hütte im Feuer und Wirbel untergegangen?

Ghebs schreitet im weingoldenen Glanze über den Pfad am Abhang des Berges durch das ihn umklammernde, noch winterliche Gestrüpp, durch die gelben Funken der Gänseblümchen, und ihm ist, als singe die Luft und zwischere und habe bunte Perlmutterflügel.

Hinter der Mauer, auf dem unbebauten Plage, spielen schmutzige Kinder, und diebäuchige Fliegen mit Schlangenaugen steigen herum und zupfen an den Sträuchern und Klazien.

Und die Hähne werfen erstaunt ihre roten Köpfe in die Höhe und schreien bö: „Wer ist denn dies?“

Und in seinem Herzen — von Blut überströmt — hört Ghebs, daß die Berge mit den Steinbrüchen, die Schornsteine und die Arbeiterfiedlungen vom tiefen, unterirdischen Donner erdröhnen. ... Das Werk. Dieselmotore. Bremsberge. Zechen. Rottierende Zylinder der Dampfer.

Vom Berge aus sieht man, wie zwischen den aschgrauen Gebäuden des Werkes die Betonpfeiler einer Drahtseilbahn in Form von Triumphbogen, wie ein gigantisches H zum Meer heruntergleiten. Die Stahldrähte sind wie Saiten gespannt, an ihnen hängen die im Fluge stehengebliebenen kleinen Laufkörbe — unter ihnen, wie eine rostige Flut der eiserne Rüssel eines Sicherheitsnetzes. Und dort, am Ende des Hafens, die entfaltenen Flügel des elektrischen Krans.

Herrlich. Wieder Maschinen und Arbeit. Eine neue Arbeit, eine freie, durch Kampf errungene, durch Feuer und Blut. Herrlich.

Die Fliegen schreien und lachen wie junge Mädchen mit den Kindern um die Wette. Salmiakgeruch der Schweineställe. Gräser und Unkraut, von Hühnern beschmutzt.

Was ist das? — Woher hier Fliegen, Hühner, Schweine? Das war früher streng verboten.

Beton und Stein. Kohle und Zement. Schlacken und Ruß, Zillgranitürme der elektrischen Förderbahn. Schöte, höher als die Berge. Drähte, wie Saiten gespannt. Und in nächster Nähe Bauernvieh, Stallungen? Teufelskerle! Am Schwanz haben sie das Dorf hergezerrt, und wie Schimmel verbreitet es sich nun.

Auf dem Wege kommen ihm drei Weiber entgegen, im Gänsemarsch, mit Bündeln unter dem Arm. Vorn eine Alte, mit dem Gesicht einer Heze, hinten zwei junge, die wie Landstreicherinnen aussehen, eine dick, starkbrüstig, das Gesicht bebzt unaussprechlich vom Lachen, die Lippen deden kaum die Zähne; die andere — mit roten Augen, roten Augenlidern, aufgedunnen wie von Wasserlucht, tief ins Gesicht ein Tuch geschoben. Weint sie oder ist sie krank?

Sofort erkannte er: die Alte ist die Frau des Schlossers Loschal — die andere, durch ihr Lachen blühende, die Frau des Schlossers Gromada, die dritte eine Fremde, die er nie gesehen hat.

Er nähert sich ihnen, tritt ins Gras und grüßt sie militärisch: „Guten Tag, Genossinnen!“

Die Weiber schauten ihn an, als wäre er ein unnützer Bagabund, und wichen ihm, durch das Gras gehend, aus. Und nur die Letzte, die Vachende — lachte auf wie eine erschrockene Henne: „Nach, daß du weiter kommst! Hier lungert schon genug Gefindel herum. Wenn man die alle grähen müßte!“

„Aber ihr Teufelsweiber! Erkennt ihr mich nicht?“

Die Glogaugen der alten Loschal lekten mürrisch an Ghebs Gestalt herunter (so schauen nur alte Hexen), dann sagte sie mit ihrer Bassstimme zu sich selbst: „Das ist ja Ghebs. Von den Toten auferstanden, der verfluchte...“

Und ging gleichgültig und mürrisch ihres Weges.

Und die Frau Gromadas lachte und sagte nichts. Nur von weitem, schon ganz neben der Mauer, schaute sie sich um, blieb stehen und schrie wie eine kreischende Eiste: „Auf, Mann, lauf zu deiner Frau. Wenn du sie verloren hast — suche sie, und wenn du sie findest — heirate sie wieder...“

Ghebs schaute den Weibern nach, und erkannte in ihnen nicht mehr die früheren freundlichen Nachbarinnen. Schön hatte sie, wie es schien, das Leben zergaucht!

Der selbe Zaun um den wenige Quadratmeter großen Hof und derselbe Abort nach der Straße zu. Nur der Zaun ist etwas schief geworden, und die Zeit und die winterlichen Nordostwinde haben die Bretter mit grauer Kruste bedeckt. Und als er die Pforte öffnet, wackelt das ganze Zaungerippe.

Jetzt — sofort wird Dascha herauslaufen. Wie wird sie ihn nach der dreijährigen Trennung empfangen, ihn, der aus Tod und Feuer kommt? Vielleicht glaubt sie, daß er umgekommen ist, daß er sie für immer vergessen hat — oder vielleicht erwartet sie ihn jeden Tag, seit jener Stunde, da er sie mit Njurla in dieser Kammer allein gelassen hatte und unbemerkt in die feindliche Nacht hinausgegangen war.

Er warf seinen Mantel auf den Zaun, nahm den Tornister von den Schultern, warf ihn auf den Mantel und schmiß seinen Helm mit dem roten Stern auf die Erde. Wüßte einen Augenblick stehen, reichte die Schultern bis zu den Ohren empor, warf einige Male die Hände im Kreise um sich (man muß sich beruhigen — die Glieder in Ordnung bringen) und wischte sich nach jedem Schwunge mit dem Ärmel seiner Bluse den Schweiß vom Gesicht — doch sein Gesicht war wie ein Sieb — es wurde nicht trocken. Schaute auf den Hauseingang, auf die Tür, die ihm durch die schwarze Spalte ein Rätsel vorkam.

Und gerade als er die Bluse von den Schultern riß und noch einmal die Hände in die Höhe warf, kreischte die Tür und ...

(Fortsetzung folgt.)

Alkoholpolitik und Steuerzahler.

Schon wieder Duzende von Millionen für die Großagrarier.

Von jeher war die deutsche Branntweinwirtschaft ein Privileg von einigen tausend Großagrarier. Die schon lange vor dem Krieg sprichwörtlich gewordenen "Liebesgaben" für diese sonst immer bevorzugte Klasse sind jedoch nur eine Bagatelle gegenüber den Subventionen, die die heutige Branntweinwirtschaft einigen Tausenden von Brennereibesitzern gibt.

Während vor dem Krieg der Branntwein vor allem als Trinkbranntwein und erst in zweiter Linie zu technischen Zwecken verwendet wurde, hat sich dieses Verhältnis nach dem Kriege völlig umgekehrt. Im letzten Jahre wurden etwa drei Viertel des Gesamtabsatzes zu technischen Zwecken und zur Ausfuhr verwendet, nur ein Viertel als Trinkbranntwein. Diese Verschiebung ist deshalb von so großer Bedeutung, weil nur der Absatz von Trinkbranntwein (abgesehen von geringen Mengen Heilmittelspiritibus) gewinnbringend ist, während die Ausfuhr und der Verkauf zu technischen Zwecken weit unter dem Selbstkostenpreis der Reichsmonopolverwaltung erfolgt. Ein Hektoliter Weingeist kostet die Monopolverwaltung mit Reinigung etwa 80 M., und sie verkauft technischen Spiritus zu 30 M., Motorspiritus sogar zu nur 15 M. Auch die Ausfuhr erfolgte im letzten Jahre zu einem Preise von 27 bis 30 M. Es ist selbstverständlich, daß bei dieser Art von Verkaufspolitik

riefige Verluste

entstehen, die vom Genossen Boade für das letzte Jahr auf 83 Millionen Mark berechnet wurden. Diese enormen Summen wurden aus den Einnahmen, die der Verkauf von Trinkbranntwein und Heilmittelspiritibus bringt, gedeckt. Die Folge hiervon war, daß die Einnahmen des Reiches aus dem Branntweinmonopol viel geringer waren, als sie es bei der Unterlassung dieses unsinnigen Geschäftsgebarens hätten sein können. Die Monopolverwaltung fühlte sich zu dieser Verschleuderung von Branntwein verpflichtet, um den landwirtschaftlichen Kartoffelbau zu unterstützen. Bekanntlich soll die Brennerei in Betrieben mit leichten Böden und schlechter Verkehrstage die Kartoffeln günstiger verwerten, als das sonst möglich wäre, und zugleich in Form der abfallenden Schlempe ein wertvolles Viehfutter liefern.

Trotz dieses außerordentlich forcierten Branntweinverkaufs zu Verlustpreisen war es jedoch dem Monopol in den letzten Jahren, in denen noch große Bestände von Branntwein aus der Inflationszeit vorhanden waren, nicht möglich, die normale Branntweinproduktion abzufahren. So kam es, daß die einzelnen Brennereien nur 65 bis 70 Proz. der von ihnen normalerweise hergestellten Spiritusmenge brennen durften. Damit hat die landwirtschaftliche Brennerei ihren alten Wert für die Landwirtschaft völlig verloren. Bei ihrem kläglichen Versuch, die Branntweinwirtschaft in den alten, ausgefahrenen Gleisen weiterzuführen, zahlte die Monopolverwaltung bei jedem Hektoliter verkauften technischen oder ausgeführten Branntweins 50 bis 60 M. drauf, während die bei der Herstellung von einem Hektoliter Spiritus abfallende Schlempe, die dem Landwirt als Brennereiergebnis kostenlos zufällt, nur einen Wert von etwa 9 M. hat. Ueber 80 Millionen Mark wurden aus Steuermitteln verschafft, um einigen tausend Brennereibesitzern eine Subvention zu geben.

In dem jetzt am 30. September ablaufenden Wirtschaftsjahre liegen die Verhältnisse sogar noch viel trister. Einer Zunahme des Trinkbranntweinabsatzes um 130 000 Hektoliter steht eine Zunahme des Spiritusabsatzes zu technischen Zwecken von nahezu 300 000 Hektoliter gegenüber. Prozentual am stärksten, nämlich um 60 Proz., ist jedoch der Absatz des verlustbringendsten Abfallgewinnes, des Motorbranntweins, gestiegen, an dem die Monopolverwaltung pro Hektoliter 60 M. zulegt. Der Verlust am Branntweinabsatz zu technischen und motorischen Zwecken hat sich in diesem Jahre um mehr als 10 Millionen Mark vergrößert.

Subventionen der Maisbrennerei.

Die Verfechter der bisherigen Branntweinwirtschaft betonen immer ganz besonders, daß die Brennerei für den Kartoffelbau des Ostens ganz unentbehrlich und daher auch zu unterstützen sei. Was sagt sie aber nun dazu, daß von der in diesen Jahre etwas mehr als 1100 000 Hektoliter betragenden Branntweinproduktion der landwirtschaftlichen Brennereien mehr als ein Drittel nicht aus Kartoffeln, sondern aus anderen Stoffen, in der Hauptsache aus Mais, hergestellt ist? Durch die völlige unsinnige Branntweinregelung wurde also bewirkt, daß Mais in großen Mengen eingeführt und zu Branntwein verarbeitet wurde. Er nahm dadurch an einer Subvention teil, die ausdrücklich für den Kartoffelbau gedacht war. Im vergangenen Wirtschaftsjahre, in dem die Kartoffelernte so klein war, daß die Kartoffelpreise eine noch nie dagewesene Höhe erreichten, war schon eine Unterstützung der Kartoffelbrennerei mit wenigen Ausnahmen volkswirtschaftlich absolut ungerechtfertigt, ja sogar schädlich. Volleends unverständlich ist aber eine Subvention der Verbrennung von Mais. In absolut unwirtschaftlicher Weise wurde dieser Rohstoff, der etwa 9 M. pro Zentner kostet, in Alkohol mit einem tatsächlichen Verkaufswert von kaum 2 M. umgewandelt. Trotzdem hat der Maisbrenner, weil die Monopolverwaltung ihm den aus ein Zentner Mais hergestellten Spiritus mit mehr als 10 M. bezahlte, ein gutes Geschäft gemacht. Damit ist es der Monopolverwaltung gelungen, auch unsere Handelsbilanz durch diese Maisalchalisierung um viele Millionen zu schädigen, worüber diesmal Herr Schiele kein Wort verliert. Es ist geradezu grotesk, daß im letzten Betriebsjahre über eine halbe Million Hektoliter Spiritus im Ausland mit großen Verlusten verschickt und daß in diesem Jahre für 30 Millionen Mark Spiritus aus ein-geführtem Mais hergestellt wurden, um dann wieder für 12 Millionen verschleudert werden?

In das neue Betriebsjahr, das am 1. Oktober beginnt, wird die Monopolverwaltung mit den verhältnismäßig geringen Beständen von etwa 350 000 Hektoliter eintreten. Mit den großen Inflationsnoroten ist restlos ausgeräumt. Von dieser Seite her liegt also keinerlei Veranlassung vor, die verlustbringenden Absatz-

zweige für Technik, Motortreibstoffe und Ausfuhr weiter aufrechtzuerhalten oder gar noch auszudehnen. Auf jeden Fall wäre dieser bisher verlustbringende Absatz in Zukunft wirtschaftlich nur dann tragbar, wenn es gelänge, den technischen Spiritus zu einem Preise von 25 bis 30 M. herzustellen, wozu die industriellen Brennereien, deren Rohstoffe bis jetzt größtenteils als Abwässer in die Flüsse geleitet werden, nach ihrer eigenen Erklärung durchaus in der Lage wären. Nur auf diesem Wege wäre es möglich gewesen, in Zukunft wenigstens ohne allzu große Verluste auszukommen. Was tut die Monopolverwaltung aber statt dessen? Sie legt in der letzten Beirats Sitzung am 16. d. M. das Brennrecht von 65 auf 100 Proz. heraus! Das bedeutet, wenn dieses Recht voll ausgenutzt wird — was bei der bevorstehenden, quantitativen mittelmäßigen, aber leicht verderblichen Kartoffelernte durchaus wahrscheinlich ist —, daß im kommenden Jahre etwa 1,2 bis 1,5 Millionen Hektoliter Branntwein mehr produziert werden als im vergangenen Jahre. Da der Trinkbranntweinabsatz nur in mäßigen Umjange ausdehnbar ist, wird also im kommenden Jahre der Absatz für Motorbrennstoffe und sonstige technische Zwecke ganz enorm gesteigert werden müssen. Was das bedeutet, ist klar:

Steigerung der Verluste um ungezählte Millionen.

Das allein wird noch nicht genügen; die jetzt geringen Bestände der Monopolverwaltung werden um viele 100 000 Hektoliter anwachsen, was dann wohl im nächsten Jahre, wie im Wirtschaftsjahr 1925/26, zum Vorschein benützt werden wird, um große Mengen von Spiritus ins Ausland zu verschleudern, in der Sprache der Monopolverwaltung "übergroße Bestände" zu räumen. Insofern werden die Verlustgeschäfte im kommenden Jahre wohl die Summe von 100 Millionen nahezu erreichen oder gar überschreiten.

Aber nicht genug damit. Es wäre eine wirtschaftliche Selbstverständlichkeit gewesen, wenn mit dieser Heraushebung des Brennrechts die Einkaufspreise gesenkt worden wären. Dadurch hätte sich ein- und Verkaufspreise wenigstens etwas angenähert, und es wäre ein, wenn auch nur sehr bescheidener Versuch der Monopolverwaltung zu konsistieren gewesen, die Verluste ein klein wenig zu verringern. Diejenigen landwirtschaftlichen Brennereien, die wirklich auf die Brennerei angewiesen sind, hätten auch dann noch Vorteile aus ihrer Brennerei gehabt, dagegen hätte eine große Zahl von Brennereien, die nur brennen, um die ihnen so freigebig gebotene Subvention auszunützen, ihre Produktion zu mindestens sehr eingeschränkt. Auch hier geschah genau das Gegenteil von dem, was vernünftigerweise hätte geschehen müssen: die Uebernahmepreise wurden nicht herabgesetzt, sondern von durchschnittlich 54 M. auf 61 M. erhöht! Den Brennereibesitzern wird damit ein neues Geschenk von etwa 15 Millionen von der deutschen Gesamtheit überreicht. Sind sie nun zufrieden? Nein, der Verkaufspreis ist selbst dieser Preis, den sie einen "politischen Preis" nennt, zu niedrig! Wir sind mit ihr darin einig, daß dieser Preis ein politischer ist, der wirtschaftliche Preis würde bei höchstens 25 bis 30 M. liegen.

Die deutsche Alkoholwirtschaft schlägt jeder wirtschaftlichen Vernunft ins Gesicht. Ist das ein Wunder, wenn man bedenkt, daß ein Beirat, in dem sich Großagrarier und andere Spiritusinteressenten die Hände reiben, darüber zu bestimmen hat, wieviel Branntwein erzeugt und was dafür gezahlt werden soll? Heißt das nicht den Bod zum Gärtner machen? Solange hier nicht grundlegende Änderungen vorgenommen werden, wird die deutsche Branntweinwirtschaft, die für die wirklich armen und vertehrungsfähigen Kartoffelwirtschaften des Ostens eine enorme produktionsfördernde Bedeutung haben könnte, bleiben, was sie bisher war: ein Privileg einer kleinen Clique, für dessen Aufrechterhaltung Steuermittel in einem Ausmaße und mit einer Sinnlosigkeit verschleudert werden, wie es in der Geschichte der Alkohol- und Finanzpolitik geradezu beispiellos dasteht.

Einlagenzuwachs in den Bankbilanzen.

Die Zweimonatsbilanzen der deutschen Aktienbanken vom 31. August zeigen im Unterschied zu den letzten Bilanzen vom 30. Juni wieder ein Ansteigen der Einlagen. Sie erhöhten sich insgesamt um 287,5 Mill. M. Diese Zunahme ist fast genau so groß wie die im gleichen Zeitraum des Vorjahres eingetretene. Dieser Steigerung der Einlagen entspricht eine Ausdehnung der Kreditgewährung. Bemerkenswert ist die Steigerung der Wechselbestände um über 60 Mill. M. Man darf wohl annehmen, daß sie nicht ganz freiwillig erfolgte, sondern daß der Wunsch der Reichsbank, nicht durch verstärkte Inanspruchnahme zu einer Diskontierung gezwungen zu werden, die Banken veranlaßte, ihren Wechselbestand zu vermehren und nicht durch Einreichung erhöhter Wechselmaterials Entlastung zu suchen. Insofern zeugen auch diese Zweimonatsbilanzen von der Spannung am deutschen Kreditmarkt.

Die Börsenkredite zeigen nach dem starken Rückgang um über 30 Proz., den die Bilanzbilanzen aufwiesen, keine wesentliche Veränderung. Die Banken haben also im Einklang mit der Politik der Reichsbank davon Abstand genommen, durch neue Kredite dem stagnierenden Börsengeschäft Anregung zu geben. Man darf wohl auch annehmen, daß die Zunahme bei den sogenannten "gedeckten Debitoren" (Kredite gegen Sicherheit) nicht verdeckte Börsenkredite enthält.

Dagegen ist auffällig, daß die Entwicklung der Kreditgewährung bei den Berliner Großbanken und den Provinzialinstituten verschiedene Wege gegangen ist. Während jene bei der Kreditgewährung anscheinend wieder Nachdruck auf die Sicherung der gewährten Kredite durch besondere Sicherheiten legen und die

Zunahme der „gedeckten Debitoren“ wesentlich stärker war als die der ungedeckten, sind in der Provinz die ungedeckten Debitoren stärker gemachsen als die gedeckten.

Leider fehlen der Veröffentlichung der Zweimonatsbilanzen noch immer die näheren Erläuterungen, die die Reichsbank neuerdings von den Banken einfordert. Daher ist es auch nicht möglich, zu beurteilen, ob der Einlagenzuwachs bei den privaten Banken auf der Hereinnahme ausländischer Kredite beruht oder durch Einlagen inländischer Kunden zustande gekommen ist. Die Tatsache, daß der Einlagenzuwachs durchweg langfristiger Natur ist (mit einer Kündigungsfrist von mehr als 7 Tagen), spricht für die erste Annahme. Insgesamt ist das Bild der neuen Bilanzen nicht ungünstig. Aber auch sie zeigen, daß entsprechend dem starken Konjunkturaufschwung und der Jahreszeit die deutsche Kreditlage als gespannt angesehen werden muß.

Der Kampf des russischen Naphthosyndikats. Zur Senkung der Benzinpreise.

In einer Veröffentlichung der Generalvertretung des russischen Naphthosyndikats über die russische Naphthaindustrie finden wir zum Konkurrenzkampf gegen das russische Öl folgende Bemerkungen:

„Dank dem Auftreten des Naphthosyndikats der UdSSR auf dem europäischen Markt haben die Preise eine Senkung erfahren und sinken noch weiter trotz des erbitterten Kampfes der Erdöltrusts Englands, Hollands und teilweise der Vereinigten Staaten gegen das sowjetrussische Erdöl. Solange diese Trusts selbst vom Naphthosyndikat lauziert, fanden sie dies ganz in der Ordnung, ja sie konnten sich mit diesen einträglichem Geschäftern nicht genug brüsten, aber sobald das Syndikat anfang, durch die ihm nahestehenden Gesellschaften selbständig auf dem Markt aufzutreten und die Bevölkerung mit billigem Benzin zu versorgen, da erhob sich in einem Teil der Presse ein Proteststurm gegen das sowjetrussische Erdöl. Das Naphthosyndikat wünscht keinen Kampf; wird er ihm aber aufgezwungen, so fühlt es sich stark genug, ihn aufzunehmen, denn erfahrungsgemäß ist es wirklich Herr im eigenen Hause und untersteht nicht der Kontrolle irgendeines internationalen Trusts, zweitens findet es Unterstützung bei den von diesen Trusts unabhängigen Firmen und einer Reihe kleinerer Firmen, die gern bei ihm kaufen, und drittens verbreitet sich in den Kreisen der Verbraucher von Naphthaprodukten in den europäischen Ländern mehr und mehr die Meinung über die günstige Entwicklung der sowjetrussischen Erdölprodukte auf die Preisentwicklung gegen das Monopol der altmährigen Trusts. Bedeutet doch billigeres Benzin und Öl eine Herabsetzung der Transport- und industriellen Betriebskosten für die ganze Volkswirtschaft.“

Es wird teurer und teurer. Die Lebenshaltungskosten für die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats September 147,1 gegen 146,6 im Vormonat. Sie ist demnach um 0,3 Proz. gestiegen. An dieser Steigerung sind die Bedarfsgruppen Ernährung, Heizung und Beleuchtung sowie Bekleidung beteiligt. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen 1913/14 gleich 100, für Ernährung 150,6, für Wohnung 115,1, für Heizung und Beleuchtung 144,5, für Bekleidung 159,6, für den sonstigen Bedarf einschließlich Verkehr 184,1.

Besserung in der Möbelindustrie. Die Stuttgarter Tagung des Wirtschaftsverbandes der deutschen Holzindustrie brachte interessante Einzelheiten über wirtschaftliche Tagesfragen der Möbelfabrikation und holzverarbeitenden Industrie. Im allgemeinen kann die Möbelindustrie trotz der bestehenden Kapitalknappheit und der Ueberlegung des Produktionsapparates eine merkliche Besserung gegenüber dem Vorjahr feststellen. So hat sich neben der Belebung des Inlandsmarktes auch die Ausfuhr im ersten Halbjahr 1927, deren Wert rund 11 Millionen Mark betrug, gehoben und den Vorkriegsstand wieder erreicht. Die vom Deutschen Normenausschuss ausgehenden Arbeiten haben vielfach zu der irrümlichen Auffassung geführt, daß eine Typisierung von Möbeln beabsichtigt sei. Allen diesen Bestrebungen, eine allgemeine Normung und Typisierung von Möbeln herbeizuführen, hat jedoch die Industrie im Interesse der Verbraucher scharfsten Widerstand entgegengesetzt. Die Zahl der zurzeit in der Möbelindustrie beschäftigten Personen beträgt annähernd 200 000.

75 Jahre Schwachkopf. Am 3. Oktober blüht die Firma Schwachkopf in Berlin-Wilhelmsruh, die mit Vorkriegs zu den bekanntesten Unternehmen der Berliner Großindustrie gehört, auf ihr 75jähriges Bestehen zurück. Acht Jahre nach der Gründung der kleinen Eisgießerei in der Chausseestraße wurde bereits der Bau von Kränen und Bergwerksmaschinen in Angriff genommen. Mit der Aufnahme des Lokomotivbaus beginnt der große Aufschwung des Unternehmens. Bereits 1889 wurde die 100. Lokomotive fertiggestellt und die erste Lokomotive nach Rußland geliefert, das in den folgenden Jahrzehnten ein Hauptabnehmer für Schwachkopf blieb. Der Turpedobau, der gleichfalls in großem Rahmen betrieben wurde, mußte nach dem Kriege eingestellt und eine entsprechende Reorganisation der Betriebe vorgenommen werden. Die Fabrikation an Druck- und Segmaschinen sowie allgemeiner Maschinenbau trat an seine Stelle. Heute liegen die Hauptbetriebe in Wilbau, während in der Chausseestraße sich nur noch kleinere Fabrikationsstätten befinden. Die Beschäftigten des Unternehmens, das zurzeit mit 18 Millionen Kapital arbeitet, betragen etwa 4000 Mann.

Wiederum 10 Proz. Dividende bei der Bubiag. Die Braunkohlen- und Zettellindustrie L.-G. Berlin (Bubiag), deren hartnäckige Kämpfe mit der Reichsbankgruppe um den Einfluß bei der H.-G. noch in Erinnerung sind, wird für das Geschäftsjahr 1926/27 wieder 10 Proz. Dividende, wie im Vorjahr, auf das Aktienkapital von 20 Millionen verteilen. Die 2,25 Millionen Abschreibungen des Vorjahres sind auf 2,75 Millionen heraufgesetzt worden.

Chinosol

wirkt ausgezeichnet gegen Schnupfen. Zu haben in allen Apotheken und Fachdrogerien.

Alle Rundfunkhörer lauschen froh: Seddi spricht auf Welle hundertzw, ließ das neuste Refi-Hausbuch vor. Jeder ist gespannt und spih das Ohr.

Doch nach einer Weile unterbricht er — Achtung! Eine kleine Pause! Spricht er. Sechs Uhr künfzehn dann auf Wiederhören: Ich muß erst mein Refi-Brot verzehren.

Und auf's Brot die frische Refi die bayerische Kernmargarine!



Zu jedem Pfund der Tafelmargarine „Früchte Real“ verlange man gratis den neuesten Band der Refi-Hausbücherei! Vertreter der V.M.W. Nürnberg: Real-Agentur, Berlin NO 43, Neue Königsr. 37. Tel.: Königsstadt 1865, 1866, 1867.

